

"Portillos Regierung gleicht einer lahmen Ente"

Die folgende Analyse von Raúl Molina über die aktuelle politische Situation in Guatemala wurde im Bulletin 'Update' der us-amerikanischen Nichtregierungsorganisation 'Guatemalan Human Rights Commission-USA' (GHRC) veröffentlicht. Raúl Molina war Mitbegründer und Koordinator der *Einheitsvertretung der Guatemaltekischen Opposition* (RUOG) und Berater der URNG im Friedensprozess. Heute lebt er in den Vereinigten Staaten, arbeitet als Gastdozent für lateinamerikanische Studien an der Universität von Columbia (New York) und ist Berater der GHRC. Weiter ist er Mitarbeiter des *FORUM*, dessen Ziel es ist, Informationen und Analysen über Guatemala einem internationalen Publikum zugänglich zu machen.

Wie ist Ihre Einschätzung der ersten acht Monate von Portillos Präsidentschaft?

Seit Beginn von Portillos Regierungszeit hatte ich das Gefühl, dass die Regierung kein Konzept hat. Portillo setzte im Wahlkampf auf Populismus. Dies kann jetzt aber seinen Niedergang bedeuten, weil er mit seiner rechtsgerichteten Regierung die Versprechen nicht einlösen kann, die z.T. fast linken Argumentationen entsprechen. Die Erwartungen, die er mit seinem demagogischen Wahlkampf geweckt hat, fordern heute ihren Preis: In einer im August durchgeführten Umfrage, äusserten sich 65% der Befragten sehr kritisch und sprachen sich gegen Portillo und seine Partei aus.

Auch die ökonomischen Bedingungen sind schlimmer als vor einem Jahr. Der Präsident des *UnternehmerInnenverbandes* (CACIF), Fernando Montenegro, gab kürzlich bekannt, dass über 250'000 Jobs in dieser Periode verloren gingen.

Alvaro Colom, der ehemalige Präsidentschaftskandidat der ANN, analysierte die Situation sehr treffend: "Portillos Regierung braucht einen Kompass, um die Orientierung zu finden." Tatsächlich ist eine der ursprünglichen Stärken dieser Regierung, nämlich, eine progressive Person an die Regierungsspitze zu bringen, (was innerhalb der FRG von einigen toleriert, aber nicht von allen begrüsst wurde), heute eine ihrer Schwächen. Parolen und gute Initiativen von sozial engagierten Parteimitgliedern wurden von der Hardlinern innerhalb der FRG prompt zurückgeschlagen und blockiert. Das anfänglich verbreitete Bild einer 'zweiköpfigen Präsidentschaft' (Portillo und Ríos Montt, ein jeder mit seiner politischen Agenda) wurde zum Bild des 'Brudermords am siamesischen Zwilling'.

Der Menschenrechtsprokurator, sagte in seinem Bericht vom 23. August, dass sich die Situation der Menschenrechte signifikant verschlechtert hat im letzten Jahr. Wie nimmt die Regierung Stellung dazu?

Im Bericht von Julio Arango, dem Menschenrechts-

prokurator, heisst es: "Wir nehmen an, dass die Gewalt, die die guatemaltekische Bevölkerung bedroht, mit der Reaktivierung paramilitärischer Gruppen zu tun hat". Der jüngste Bericht von MINUGUA, der am 31. August in Guatemala vorgestellt wurde, hielt fest, dass der Friedensprozess stagniert und sich die Situation der Menschenrechte verschlechtert hat. Drohungen gegen JournalistInnen, MenschenrechtsvertreterInnen und Leute, die in Gerichtsverfahren gegen Militärs involviert sind, inkl. RichterInnen und ZeugInnen, nehmen zu, ebenso Entführungen, aussergerichtliche Exekutionen und Lynchmorde. MINUGUA macht die Zivile Nationalpolizei (PNC) für die Verletzung der Menschenrechte, speziell für die 'sozialen Säuberungen' verantwortlich. MINUGUA drückt ihre Bestürzung über die Remilitarisierung aus; eine in den Friedensabkommen festgehaltene Empfehlung an die Regierung war die vollständigen Trennung von Armee und Sicherheitskräften. Portillo wird höchstens rhetorisch auf den Bericht von MINUGUA eingehen, wirklich ändern wird sich nichts. Die Bevölkerung weiss auch langsam, dass Portillo nie das letzte Wort hat. Seine Versprechungen gehen zurück an den Kongress und die FRG, um von den Parteihardlinern neu formuliert zu werden. Die Resultate sind ausnahmslos bestürzend.

Inwiefern können die intellektuellen Urheber der Repression verantwortlich gemacht werden?

Den Kampf gegen Straflosigkeit führt die guatemaltekische Bevölkerung seit langem, unabhängig von den grossen Risiken, die er in sich birgt. Auch heute sind diese Risiken noch sehr hoch. So wurde z.B. der Gemeinschaftsladen in der Rückkehrgemeinde *Santa María Tzejá* in Brand gesteckt, nachdem Mitglieder der Kooperative an der Eröffnung des Verfahrens teilnahmen, in dem Ex-Diktator Romeo Lucas García des Völkermordes angeklagt wurde. Rigoberta Menchú erhielt so viele Morddrohungen, sogar über E-Mail, dass sie sich entschied, vorübergehend mit Mann und Kind das

Land zu verlassen. Mindestens fünf ZeugInnen im Fall von Bischof Gerardi haben das Land verlassen. Niemand kann behaupten, dass dies grundlos geschieht, wenn man die lange Liste von Überfällen auf die Büros und Häuser von Mitgliedern sozialer und politischer Organisationen kennt. Ich glaube, dass die bereits begonnenen Gerichtsfälle weiter verfolgt und auch neue eingereicht werden. Wir sehen auch, dass Offiziere, die unter grossem Druck stehen, wie z.B. Byron Lima Oliva, einer der Angeschuldigten im Fall Bischof Gerardi, das Argument aufwerfen, dass sie dazu gezwungen wurden, die Befehle auszuführen und somit die Verantwortung auf die höchste Ebene der Institutionen schieben. Auf diesem Hintergrund könnten die intellektuell Verantwortlichen dieser Gewalt bald vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden, die Frage ist, ob das Gericht dies kann und will.

Was hat die Anerkennung der Verantwortung einiger Menschenrechtsverletzungen vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) zu bedeuten? Wird es Kompensationszahlungen für die Opfer geben, wird es irgendeine andere Form von Gerechtigkeit geben?

Die internationale Öffentlichkeit hat die Geste Portillos überbewertet. Claudio Grossmann, Präsident der Kommission, lobte diese Aktion als "historisch einmalig". Ich bin sicher, dass Alfonso Portillo gar nicht anders handeln konnte. Der Bericht der Wahrheitskommission ist so klar und eindeutig, dass keine Regierung von Guatemala, heute oder in der Zukunft, die Greuelthaten, die von staatlicher Seite begangen wurden, leugnen kann. Die staatliche Menschenrechtskommission (COPREDEH) veranlasste Verhandlungen zwischen der Regierung und Verwandten von Opfern, um die Art und Weise und die Höhe der Kompensationszahlungen festzulegen. Aber die Menschenrechtsorganisationen und die Angehörigen von Opfern haben sehr klar gemacht, dass Kompensationszahlungen nicht ausreichen und dass andere Formen von Wiedergutmachung angestrebt werden müssen.

Wie beurteilen Sie die momentane Menschenrechtssituation in Guatemala und was haben wir in Zukunft zu erwarten?

Die vor kurzem erfolgte Veröffentlichung einer geheimen militärischen Datenbank war eine positive Aktion, unabhängig davon, dass die Information unvollständig ist und den Opfern und ihren Angehörigen nicht weiterhalf, konkrete Fälle zu untersuchen. Es war positiv, weil es klar aufzeigte, dass die Armee Daten über eine grosse Anzahl von Personen sammelte, diese während der Regierungszeit Leon de Carpio's komputersiert wurden und dass diese Datenbanken geheim gehalten wurden während der ganzen Regierungsperiode Arzu's. Es war auch positiv, weil es einen internen Konflikt innerhalb der Armee auslöste und in der Folge davon einige Geheimdienstoffiziere und hochdotierte Militärführer entlassen wurden. Kürzlich haben Portillo und der Innenminister öffentlich zugegeben, dass das organisierte Verbrechen von sehr mächtigen Personen, namentlich von Sicherheitskräften, geschützt wird. Aber nichts wurde unternommen, um diese 'Ehe' zwischen Kriminellen und Sicherheitsapparat zu unterbinden. Andere Regierungsmitglieder wiederum behaupten, dass ehemalige URNG-KämpferInnen sich heute kriminellen Aktivitäten widmen, eine Anschuldigung, die von der URNG zurückgewiesen wurde. Wie auch immer, diese Gerüchte und Beschuldigungen werden dazu benutzt, um die weitere Militarisierung zu rechtfertigen. Kürzlich wurde mit Byron Barrientos ein Innenminister ernannt, der während des bewaffneten Konflikts als Geheimdienstoffizier gearbeitet hatte; Luis Mendizabal, der vor einigen Jahren die *Oficinista*, eine Abteilung des Geheimdienstes zur Aufstandsbekämpfung, gegründet und geleitet hatte, ist heute Direktor der Migrationsbehörde. Ausserdem hat die Regierung am 15. August verlautbart, dass die Armee sich auf nationaler Ebene an der Schmuggelbekämpfung beteiligen wird.

Im allgemeinen würde ich sagen, dass die Situation der Menschenrechte in Guatemala Anlass zu grosser Sorge gibt, besonders, weil die Regierung unfähig und unwillig ist, die zunehmenden Drohungen und Einschüchterungen zu stoppen. Klarer internationaler Druck ist nun nötig. Der Bericht von MINUGUA wird extrem wichtig sein gegenüber der internationalen Gemeinschaft aber auch Aktionen von Solidaritäts- und Menschenrechtsgruppen sind wichtig.

Präsident Portillo hat die Militärführung ausgewechselt. Welche positiven

Konsequenzen können wir (wenn überhaupt) davon erwarten, und was bedeuten diese Neubesetzungen für die Zukunft der Menschenrechte?

Die Wechsel im Militär sind nicht so bedeutend, weil sie vor allem ein Resultat interner Neubesetzungen sind. Die Menschenrechtsfrage war dabei nicht ausschlaggebend. Klar ist, dass PAN-nahe Offiziere nicht mehr in Macht- und Entscheidungspositionen sind und die jetzige Führung ist regierungstreu. Einige mögen Ríos Montt näher stehen, andere Alfonso Portillo, aber das ist sehr nebensächlich. Der interne Kampf um Macht folgt persönlichen Interessen, im allgemeinen verteidigen alle Offiziere die Straflosigkeit für Menschenrechtsverbrechen. Es mag Unterschiede geben, wie dieses Ziel verfolgt wird. Einige sind bereit, alle Mittel einzusetzen, während andere nicht mehr auf Gewalt zurückgreifen wollen.

Wird die guatemaltekische Bevölkerung je in den Genuss ökonomischer, sozialer und kultureller Rechte kommen? Wird das Finanzabkommen in dieser Beziehung helfen?

Wenn Portillo die Einhaltung der Friedensabkommen prioritär verfolgen würde, erhielte er ökonomische und politische Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Eine spürbare Verbesserung auf ökonomischer und sozialer Ebene würde das Vertrauen

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

der Bevölkerung in den Präsidenten stärken. Dies wiederum gäbe ihm den Rückhalt, um die Machenschaften von Ríos Montt und den FRG-Hardlinern in Schach zu halten. Unglücklicherweise sind Portillo und auch die gesamte Linke sehr unklar und verstricken sich in Widersprüche, welche die sozialen Bewegungen abschrecken.

Das Finanzabkommen ist tatsächlich ein historisches Ereignis für Guatemala. Dahingehend kann ich die Begeisterung von der ANN und der Zivilbevölkerung verstehen. Doch jetzt akzeptieren die Regierung und die ANN die Erhöhung der Mehrwertsteuer, was total den Friedensabkommen widerspricht, welche besagen dass "diejenigen die mehr haben, mehr bezahlen müssen".

Die Bevölkerung ist nicht bereit, ein Finanzabkommen zu unterstützen, das die Armen und die Mittelklasse höher besteuert. Auch versprach Portillo in seiner Wahlkampagne einen Steuererhöhungs-Stop. Ähnlich ist es mit dem neuen Sozialplan Portillos. Im Grossen und Ganzen ist er ein gutgemeinter Versuch, um soziale und ökonomische Probleme aufzugreifen, insbesondere im Bereich Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, soziale Sicherheit und Wohnungsbau. Was aber fehlt, ist ein konkreter Plan, um das Ganze zu finanzieren. So sind Portillos Versprechen vergleichbar mit dem Vorhaben Vicio Cerezo's, die angesammelten 'sozialen Schulden' zu begleichen und der 'Attacke gegen Armut' von Ramiro de Leon Carpio in den 90ern. Am Ende wird den Leuten dann gesagt, dass der neue Sozialplan nur dann funktioniert, wenn sie bereit sind, höhere Steuern zu bezahlen. Genau so war es doch auch, als vor Jahren die Mehrwertsteuer eingeführt wurde.

Die sozialen und ökonomischen Bedingungen sind im Moment sehr schwierig. Waren die Probleme rund um den öffentlichen Transport in Guatemala Stadt nur die Spitze des Eisbergs?

Die miserablen sozialen und ökonomischen Bedingungen haben einen direkten Einfluss auf die Lebensqualität der GuatemaltekenInnen. 1 US-\$ kostet im Moment 7.82 Quetzales. Nahrungsmittel und Medikamentenpreise steigen genauso wie die Kosten für die meisten öffentlichen Dienste. Die Transportkrise in der Hauptstadt ist

gravierend, weil die Verantwortlichen in der Gemeinde und im nationalen Parlament während der letzten 25 Jahre nicht bereit waren, mutige Entscheidungen zu fällen. Bei den Ausschreitungen im April brauchte es fünf Tote und Tausende von Dollars an Materialverlusten, bis die Verantwortlichen zu einem gemeinsamen Gespräch bereit waren. Doch es wurde nicht gehandelt und dies forderte eine neue Krise im Juli heraus. Die temporäre Lösung war die Intervention des Transportwesens durch die Gemeinde. Das Transportwesen ist ineffizient. Sicher war es immer und ist es heute noch eine Quelle der Korruption. Meiner Meinung nach bräuchte es ein halbprivates Unternehmen, dem die Gemeinde von Guatemala Stadt vorsitzt, um einen öffentlichen Transport zu garantieren, der den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht.

Der öffentliche Verkehr ist sicher die Spitze eines sehr gefährlichen Eisbergs: In einer Stadt mit 2,5 Millionen BewohnerInnen sind mehr als eine Million Menschen marginalisiert. Sie leben ohne Einkommen und ohne öffentliche Dienstleistungen, die helfen würden, in den Slums rund um die Stadt zu überleben. Guatemala Stadt ist eine Zeitbombe. Mit dem Mass an Verzweiflung, dem man in der Stadt begegnet, kann die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Auslöser der Explosion werden. Vor knapp zwei Jahren waren die Leute mit einer neuen Eigentumssteuer konfrontiert; wir können nicht erwarten, dass die Bevölkerung heute eine weitere finanzielle Belastung akzeptiert.

Es scheint, dass die FRG fast alle Unterstützung, die sie im Wahlkampf noch hatte, verloren hat, dass aber die anderen politischen Kräfte genau so unattraktiv sind. Sehen Sie eine Möglichkeit für eine Links-Mitte-Allianz in der Zukunft. Und falls so, mit welcher gemeinsamen Plattform?

Die FRG hat dermassen an Ansehen verloren, dass Portillos Regierung beginnt auszuschauen wie eine lahme Ente. Die politischen Kräfte in Guatemala spüren, dass diese Regierung wahrscheinlich nicht bis zum Ende ihrer Amtszeit kommen wird. Bereits sind Manöver für die Übernahme der politischen Kontrolle auszumachen. Sicherlich wird die Regierbarkeit schon sehr bald auf dem Spiel stehen. Der Fall 'Guarogate' (siehe Artikel in diesem ¡Fijáte!) könnte ei-

nen institutionellen Kollaps auslösen. Dieses Verbrechen des Kongresses würde in jeder funktionierenden Demokratie auf der Welt ernsthafte Folgen haben. Aber in Guatemala können die Verantwortlichen mit Straflosigkeit rechnen.

Die Veränderungen eines bereits beschlossenen Gesetzes, erinnert die guatemaltekeische Bevölkerung an vergangene Diktaturen. Die Glaubwürdigkeit von Ríos Montt und der FRG ist am Zerbröckeln. Die anderen politischen Kräfte haben ihre eigenen Probleme. Wenn die Krise jetzt explodiert, ist Unregierbarkeit die realistische Folge davon. Die PAN hat sich in zwei Strömungen geteilt, und einige ihrer früheren Führungspersonlichkeiten haben sich unabhängig gemacht. Die einzige andere politische Alternative ist die ANN, die aber auch gewisse Probleme hat. Ihr fehlt jeglicher innerer Zusammenhalt und sie vertritt keine klar definierte Position. Alvaro Colom, der letzte Präsidentschaftskandidat der ANN, sieht sich selber als ANN-Kandidat für 2003 oder früher, falls die FRG kollabiert. Er ist jetzt daran, seine eigene politische Basis aufzubauen. Andere Figuren in der ANN bevorzugen einen Wechsel des Kandidaten und der Plattform. Eine solide Links-Mitte-Allianz könnte im nächsten Wahlkampf gute Chancen auf Erfolg haben. Aber die Wiedervereinigung der Linken und die Öffnung Richtung Mitte, falls überhaupt durchführbar, wird viel Zeit und Engagement brauchen.

In der Zwischenzeit wird die FRG weiter Zerstörungen aller Art anrichten: Der militärische Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Schmuggelringe ist ein Täuschungsmanöver, vermeintliche Autonomisierungsbestrebungen ebenso. Wirtschaftliche Drohungen gegen die Bevölkerung, wird die sozialen Bewegungen ablenken. Grenzprobleme mit Belize werden an der Tagesordnung sein. Die Existenz von aufständischen Gruppen (realer oder eingebildeter), organisiert von der Armee oder von verzweifelten Menschen, werden als Vorwand für das Beibehalten der Geheimdienststrukturen benutzt werden. Niemand kann einfach voraussagen, wo die Dynamiken des Präsidenten hinführen, die Ereignisse werden die Leute auf jeden Fall unvorbereitet treffen. Unglücklicherweise werden die Geschehnisse nicht von progressiven Kräften bestimmt, sondern sie folgen den Mustern interner Interessen politisch mächtiger Gruppierungen.

Portillo wehrt sich

Guatemala, 15. Sept. In seiner Rede anlässlich des *Tags der Unabhängigkeit* verteidigte sich Präsident Alfonso Portillo gegen die Anschuldigungen, er habe die Regierung nicht im Griff, und teilte seinerseits Rügen in alle Richtungen aus.

In Anwesenheit hoher RegierungsvertreterInnen und ausländischer DiplomatenInnen kritisierte er die Haltung der PolitikerInnen, der UnternehmerInnen und der Presse. Dem Unternehmenssektor warf er vor, sich in die politischen Alltagsgeschäfte einzumischen, anstatt sich auf seine eigenen Geschäfte zu konzentrieren und die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes zu verbessern.

Guatemala befinde sich in einer misslichen Lage, gab der Präsident zu. Die politische Selbstzerstörung sei zum Nationalsport Nr. 1 geworden. Die Haltung der Opposition verglich er mit den Lynchmorden, die in letzter Zeit wieder zugenommen haben. Der einzige Unterschied sei, dass "die einen aus Verzweif-

lung lynchen, die andern aus Machtgier", meinte Portillo.

Die Medien bezeichnete der Präsident als demokratiefeindlich und -zerstörend.

Gegenüber der oft geäußerten Kritik, die Regierung habe keine klare Richtung, verteidigte sich das Staatsoberhaupt: "Es gibt keinen blinden als denjenigen, der nicht sehen will. Das Ziel meiner Regierung ist, den Herausforderungen der Globalisierung gewachsen zu sein, das merkantilistische Erbe loszuwerden und die Probleme des Volkes zu lösen." Seine Regierung sei die am meisten kritisierte in der Geschichte Guatemalas. Der Erfolg oder das Scheitern einer Regierung liege in der Verantwortung des ganzen Landes. "Wir sitzen im selben Boot und wenn es untergeht, gehen wir alle unter", schloss er pathetisch seinen Diskurs.

Selbstverständlich löste Portillo mit seiner Rede eine neue Kritikwelle aus:

Laut Arabella de Leon, Kongres-

sabgeordnete der *Unionistas*, kritisierte Portillo zu sehr die PolitikerInnen und die Presse, ohne selber konkrete Änderungsvorschläge zu machen.

Der Analytiker und ehemalige Teilnehmer der Friedensgespräche, Héctor Rosada, bezeichnete den Diskurs des Präsidenten als zu aggressiv und zu populistisch. Portillo sei nicht offen für Kritik und sehe sich als den einzigen Lenker des nationalen Schicksals, was ein grosser Fehler und Ausdruck von Angst sei, erklärte Rosada.

Auch der *UnternehmerInnenverband* (CACIF) liess den Vorwurf Portillos nicht auf sich sitzen. "Wenn eine Regierung nicht fähig ist, sucht sie sich einen Schuldigen, einmal muss die Presse als Sündenbock herhalten, einmal das Unternehmertum", erklärte Fernando Montenegro, Präsident des CACIF. Es sei ihr gutes Recht als UnternehmerInnen, ihre Meinung zum politischen Geschehen auszudrücken und sie würden das auch in Zukunft tun, versicherte er.

'Guate-Gate' entwickelt sich zur Regierungskrise

Guatemala, 22. Sept. Die Diskussion um die Fälschung eines Gesetzes über Alkoholsteuern, derer die Regierungspartei FRG beschuldigt wird (siehe ¡fijáte! Nr. 216), führte zu einer regelrechten Staatskrise. Was anfänglich von der Presse noch als 'Guate-Gate' bezeichnet wurde, heisst nun im Volksmund 'Guaro (Schnaps)-Gate' und zieht politische Konsequenzen nach sich, die wohl niemand vorausgesehen hat.

Der Generalsekretär der PAN, Leonel López Rodas und weitere Abgeordnete dieser Partei haben beim Obersten Gerichtshof (CSJ) eine Untersuchung gegen Ríos Montt und weitere 19 Abgeordnete der FRG beantragt. Der vom CSJ mit dem Fall beauftragte Richter wird aber von der FRG nicht akzeptiert, da er ein Verwandter von López Rodas sein soll. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen entschieden, als Nebenklägerinnen aufzutreten, falls es zu einer Anklage kommt. Gleichzeitig haben Abgeordnete der *Unionistas* eine Klage gleichen Inhalts bei der Staatsanwaltschaft eingereicht.

Die Taktik der FRG sei es, Zeit zu gewinnen, um sich eine Strategie auszu-denken, wie sie Efraín Ríos Montt retten können, hiess es aus parteinahen Kreisen. Eine Möglichkeit, die offenbar zur Diskussion steht, ist, Ríos Montt in die Exekutive zu versetzen, ihn z.B. zum Gouverneur eines Departementes oder zum Innenminister zu ernennen. Damit

unterstütze er nicht mehr der Gerichtsbarkeit des CSJ oder der Staatsanwaltschaft, sondern derjenigen des Kongresses. Und da die FRG im Kongress die Mehrheit besetzt, könnte sie ihren Chef problemlos jeglicher Schuld freisprechen. Danach könnte er wieder seinen Posten im Kongress einnehmen.

Unterdessen hat sich Protest auf der Strasse formiert: Die Bewegung *BürgerInnen für Gerechtigkeit und Demokratie*, in der 12 Volksorganisationen zusammengeschlossen sind, haben zu öffentlichen Protesten vor dem Kongress aufgerufen, die jeweils am Dienstag stattfinden. "Zuerst Pinochet, dann Ríos Montt!" lautete eine der Parolen; die Protestierenden trugen T-Shirts mit dem Bild von Ríos Montt hinter Gittern. Die Kundgebungen sind Ausdruck des Protests seitens der Bevölkerung, die OrganisatorInnen hoffen, dass sie zu einem 'Festival für die Demokratie' anwachsen und sich aufs ganze Land ausdehnen.

Diese Woche musste die Aktion jedoch frühzeitig abgebrochen werden, da sich Provokateure unter die Protestierenden gemischt haben. Dabei waren Mitglieder der Jugendorganisation der FRG auszumachen, namentlich ein Enkel und ein Neffe Ríos Montt's.

Die feministische Organisation *Frauen vereint gegen die Straflosigkeit* verlangte, dass die Verantwortlichen für die Fälschung des Gesetzes zur Rechen-

schaft gezogen werden. Die Frauen versammelten sich vor dem Kongressgebäude und wollten mit einer symbolischen Zeremonie "den Teufel und schlechte Geister austräuchern. Wir haben genug von all den Schweinereien, den Lügen, dem Machtmissbrauch und davon, dass das Volk hintergangen wird", erklärte Laura Asturias, Sprecherin der Gruppe.

Weiterbildung für Kongressmitglieder

Guatemala, 11. Sept. Mit dem Ziel, das Bildungsniveau im Kongress zu heben, erhalten Kongressmitglieder die Möglichkeit, sich weiterzubilden oder gar einen Studienabschluss zu machen.

Im Kongress seien die verschiedensten Berufsgruppen vertreten, entsprechend sei auch der Ausbildungsgrad sehr unterschiedlich, erklärte Leonel Soto Arango, Vizepräsident des Kongresses. Es gäbe z.B. pensionierte Militärs, Ex-KämpferInnen der URNG, KünstlerInnen, Leute mit einem Universitätsabschluss, LehrerInnen, etc., informierte er.

Die Partei mit den meisten Ex-Militärs in ihren Reihen ist die FRG, bei den *Unionistas* gibt es am meisten AkademikerInnen und die Mitglieder der ANN haben die schlechteste (schulische) Ausbildung.

Radiojournalistin entlassen

Guatemala, 14. Sept. Die fristlose Entlassung der Radiojournalistin Marielos Monzón bedeutet eine weitere Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Monzón moderierte bei *Radio Sonora* die Nachtsendung *Punto de Encuentro* (Treffpunkt), eines der landesweit am meisten gehörten Programme. Monzón ist bekannt für ihren unabhängigen Journalismus, in ihren Sendungen interviewte sie sowohl PolitikerInnen wie auch VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen, ethischer und sexueller Minderheiten, etc.

Radio Sonora gehört dem mexikanischen Medienmogul Angel Gonzáles. Als Monzón vor zwei Jahren eingestellt wurde, hiess der damalige Direktor des Radios Luis Rabbé, heute Kommunikations- und Verkehrsminister.

Bereits Anfang des Jahres wurde Marielos Manzón von ihrem heutigen

Vorgesetzten, Arnulfo Guzmán, verwarnet. Es wurde ihr verboten, regierungskritische Leute in ihre Sendungen einzuladen, wie z.B. die Kongressabgeordneten der PAN oder der *Unionistas*. Als sie vor einigen Wochen den Journalisten Haroldo Shetemul interviewte, rief Guzmán im Studio an und verlangte von ihr, den "Ton zu ändern". Und als sie Präsident Portillo zu Gast hatte, teilte ihr der Chef mit, er selber wolle die HörerInnenanrufe moderieren, damit die kritischen nicht über den Äther gingen. Beim widersetzte sich Monzón.

Kürzlich wurde sie für drei Wochen in die Vereinigten Staaten eingeladen, um an einer Konferenz zum Thema 'Frau und Politik' teilzunehmen. Sie erhielt dazu die Erlaubnis ihres Vorgesetzten und produzierte alle ihre Sendungen für diese Zeit im voraus.

Bei ihrer Rückkehr erhielt sie von

Radio Sonora Bescheid, sie müsse nicht mehr zur Arbeit erscheinen, ein anderer Journalist habe ihr Programm übernommen. Die Begründung Guzmáns für die fristlose Entlassung seiner besten Moderatorin war, sie sei vier Tage zu spät aus ihrem Urlaub zurückgekommen.

Für Marielos Monzón stecken ganz klar politische Gründe hinter ihrer Entlassung. Die Regierung beweise damit einmal mehr, dass sie die guatemaltekische Medienlandschaft unter Kontrolle habe und keine regierungskritischen Stimmen dulde.

Verschiedene JournalistInnenvereinigung wie z.B. die *Vereinigung der guatemaltekischen JournalistInnen* (APG), oder das *Netzwerk der Journalistinnen Guatemalas*, aber auch der *Frauensektor der Versammlung der Zivilgesellschaft* solidarisierten sich mit Marielos Monzón.

Fox auf Staatsbesuch

Guatemala, 12. Sept. Erste Station auf der Reise durch die Region des neugewählten mexikanischen Präsidenten, Vicente Fox, war Guatemala, wo er sich mit Präsident Portillo, VertreterInnen des CACIF und der URNG traf.

An einer gemeinsamen Pressekonferenz versicherten sich die beiden Präsidenten unter gegenseitigen Schmeicheleien eine Verbesserung der bilateralen Beziehung. Der Vorschlag Fox' besteht darin, den Drogenhandel zwischen Zentralamerika und Mexiko besser zu kontrollieren. Ein Land allein sei nicht fähig, den Kampf gegen das international organisierte Verbrechen aufzunehmen, geschweige denn zu gewinnen. Deshalb habe er seinen Vorschlag informell auch den Vereinigten Staaten unterbreitet.

Hauptthema für den guatemaltekischen Präsidenten war die Migration. Fox versprach, die Rechte der repatriierten GuatemaltekinInnen, die sich kürzlich entschieden, wieder nach Mexiko zurückzukehren, zu achten und ihren Fall prioritär zu behandeln. (Bis jetzt haben die zurückgekehrten Familien einen Aufenthaltsstatus namens FMVC erhalten, der ihnen erlaubt, sich frei auf mexikanischen Territorium zu bewegen. Im Moment wird abgeklärt, wo sie sich definitiv niederlassen können, in einem Brief an den Bischof von *San Cristobal de las Casas* baten die RückkehrerInnen um Überlebenshilfe.)

Mit der Absicht, das Problem an den Grenzen besser in den Griff zu bekommen, beschlossen die beiden Präsi-

denten die Person eines 'Grenzaren' einzuführen. Dessen Aufgabe soll es sein, die verschiedenen Sekretariate und Staatsstellen, die mit dem Thema Migration zu tun haben, zu koordinieren und bilaterale Verhandlungen und gemeinsame Lösungen anzustreben.

Selbstverständlich wurde auch die Privatisierung bzw. der Verkauf der guatemaltekischen Telefongesellschaft TELGUA an die mexikanische Firma TELMEX thematisiert, wobei Portillo versprach, von einer Intervention abzuweichen. Es ginge nur darum, abzuklären, was überhaupt geschehen sei und wie gross der ökonomische Schaden sei, versicherte er.

Der saloppe Ton Portillos gegenüber Fox im Zusammenhang mit der Privatisierung von TELGUA, steht im Kontrast zu einer am 12. September im Namen des guatemaltekischen Staates eingereichten Klage, die eine Annullierung des Verkaufs verlangt.

Zur Erinnerung: 95% der Aktien von TELGUA gingen ans Konsortium LUCA S.A., dessen Kapital zu 80% aus guatemaltekischen Unternehmen stammt. Der Rest der Aktien ging an die Angestellten. Aus Liquiditätsgründen sah sich die LUCA S.A. jedoch bald gezwungen, 80% der Aktien weiterzuverkaufen und zwar an die TELMEX. Bei diesem Geschäft kam es zu korrupten Machenschaften, in die auch verschiedene Staatfunktionäre verwickelt waren. Die guatemaltekische Regierung verlangt nun, den ganzen Privatisierungsprozess rückgängig zu machen. Unter-

schiedliche Quellen geben an, Portillo versuche damit, zwischen 81 und 400 Millionen US-\$ Dollar zurückzuerlangen, die laut Finanzminister Manuel Maza Castellanos zur Begleichung interner Schulden und zur Finanzierung sozialer Projekte eingesetzt werden sollen.

Überfall auf PAN-Büro

Guatemala, 19. Sept. Mit einer Splitterbombe österreichischen Fabrikats wurde am 19. September das Parteilokal der PAN angegriffen. Es kam zu beträchtlichem Sachschaden, verletzt wurde niemand.

Der Generalsekretär der Partei, Leonel López Rodas, beurteilte das Attentat als einen Einschüchterungsversuch. Verantwortlich dafür sei Präsident Portillo, der in seiner Rede anlässlich des 179. Geburtstages der Nation gegen die politische Opposition gewettert hatte und damit 'verdeckt arbeitende Kräfte' zu einer solchen Tat motiviert habe.

Auch für den Kongressabgeordneten Efraín Oliva ist das politische Motiv klar. Mit der Klage, die seine Partei wegen der Fälschung des Alkoholgesetzes gegen die FRG eingereicht habe, habe sie sich viele Feinde geschaffen.

Während der Kongresspräsident Efraín Ríos Montt den Vorfall 'bedauerte', schloss die FRG-Abgeordnete Zulema Paz nicht aus, dass die PAN das Attentat selber ausgeführt hat.

Wiedereingliederungsprojekte lassen zu wünschen übrig

Guatemala, 23. Sept. Demobilisierte KämpferInnen in Retalhuleu beschwerten sich bei der URNG-eigenen *Stiftung Guillermo Toriello*, dass ihre Wiedereingliederung viel zu langsam vor sich gehe. Laut dem Verantwortlichen der *Stiftung Toriello* sollen in Kürze die speziellen, durch die europäische Union finanzierten Wiedereingliederungsprogramme (Parec) umgesetzt werden. 30% dieser Gelder sei eine Schenkung, der Rest müsse zu 18% verzinst werden. Doch die ehemaligen KämpferInnen sind skeptisch. Seit ihrer Demobilisierung haben sie schon verschiedene Studien über ihre Lage verfasst, sowie drei konkrete Projekte vorgeschlagen, doch bis jetzt sei nichts umgesetzt worden.

Nicht besser geht es den *Demobilizados* auf der Finca *El Progreso* bei Mazatenango. Eine Studie mit dem Titel "Die demobilisierte Frau und ihre Wie-

dereingliederung ins zivile Leben" kommt zum Schluss, dass die Frauen unbedingt an produktiven Projekten beteiligt werden müssen. Im konkreten Fall von *El Progreso* haben die Ex-KämpferInnen einen Kredit von 10 Millionen Quetzales (7,8 Millionen US-\$) bekommen, den sie innerhalb von 10 Jahren zurückbezahlen müssen. Im Moment haben sie jedoch noch keine funktionierenden Landwirtschaftsprojekte und können auch keine Zeit in den Aufbau solcher stecken, da sowohl Männer wie Frauen auswärts arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Frauen hätten viel schlechtere Chancen als Männer, eine andere Arbeit als auf den umliegenden Fincas zu finden. Für alleinerziehende Mütter sei sogar dies unmöglich, heisst es in der Untersuchung.

Die *Stiftung Toriello* informierte,

dass auch in San Marcos die Projekte von Parec anlaufen werden. Ausserdem erhalten die *Demobilizados* dieser Region Unterstützung vom *Versuchszentrum für die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen* (CEDEPEM).

Die Demobilisierten-Finca *Santa Anita* in Quetzaltenango erhielt kürzlich Besuch von VertreterInnen der *Stiftung Toriello* und vom Vizeminister für Landwirtschaft, um eine Evaluation der dortigen Situation zu machen. *Santa Anita* ist eine Kaffee-finca, doch trotz grösster Anstrengung seitens der Gemeinde wurde bisher kein Gewinn erwirtschaftet.

Die Kritik, die alle ehemaligen URNG-KämpferInnen teilen, ist, dass die Regierung sich zu wenig für sie einsetzt und dass die Wiedereingliederungsprogramme abgeschlossen wurden, ohne dass sich effektiv etwas an ihrer Situation verbessert hat.

FRG: nichts gelernt

Guatemala, 23. Sept. Noch bevor sich die Wogen im Kongress geglättet haben, die durch die Fälschung des Alkoholgesetzes aufgeworfen wurden, provozierte die FRG den nächsten Skandal. Ohne die Anwesenheit der notwendigen Mindeststimmzahl, verabschiedete die Regierungspartei ein Gesetz, das es dem Innenministerium erlauben soll, Anschaffungen zu tätigen, ohne diese öffentlich auszuschreiben.

Das bisher gültige Gesetz verlangte, dass Ausgaben oder Anschaffungen, die den Betrag von 900'000 Quetzales (ca. 115'000 US-\$) überschritten, öffentlich ausgeschrieben werden mussten. Die Idee dahinter war, dass die Bevölkerung erfuhr, wofür die einzelnen Ministerien ihre Gelder ausgaben und eine gewisse Kontrolle ausgeübt werden konnte. Von diesem Gesetz ausgenommen sind jetzt schon das Verteidigungsministerium und der *Präsidentiale Generalstab* (EMP).

Neu sollte nun auch dem Innenministerium dieses Gesetz erlassen werden. Die Begründung der FRG ist, dass es die Aufgabe des Innenministeriums sei, die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren. Um diese Aufgabe zu erfüllen, sei es oft nötig, schnell zu handeln, was auch bedeute, kurzfristig Ausgaben zu tätigen. Müsse jedoch zuerst die Prozedur der öffentlichen Ausschreibung durchgeführt werden, verunmögliche dies ein spontanes Handeln.

Die Opposition warnt davor, dem Innenministerium einen Sonderstatus

zukommen zu lassen: "Wenn wir erlauben, dass Millionenkäufe ohne öffentliche Ausschreibung getätigt werden, verlieren wir sämtliche Kontrollmöglichkeiten, dies wiederum öffnet der Korruption Tür und Tor", erklärte der ANN-Abgeordnete Otoniel Fernández.

Als Beispiel wurde der kürzlich bekanntgewordene Kauf von zehn Autos der Marke *Cherokee*, "um die Sicherheit des Präsidenten zu garantieren", aufgeführt. Gekauft wurden diese Fahrzeuge vom speziell für den Schutz des Präsidenten verantwortlichen Sekretariat

(SAAS) und zwar bei einer Firma, deren Vizedirektor Francisco Alvarado Macdonald ist, der massgeblich die Wahlkampagne Portillos finanzierte.

Nach einer langen Diskussion im Kongress und auf Druck der Oppositionsparteien PAN und ANN musste die FRG die Verabschiedung des Gesetzes rückgängig machen. Die Regierungspartei besteht jedoch weiterhin darauf und es wird im Verlauf der nächsten drei Kongresssitzungen erneut zu einer Abstimmung kommen.

Seit 10 Jahren, Straffreiheit im Fall Myrna Mack

Guatemala, 19. Sept. Im Gerichtsverfahren gegen drei Offiziere des guatemalteckischen Militärs, die der intellektuellen Täterschaft bei der Ermordung der Anthropologin Myrna Mack angeklagt sind, scheint es endlich zu einem Prozess zu kommen.

Für die Ausführung des Mordes wurde im Jahre 1993 der ehemalige Militärspezialist des *Präsidentialen Generalstabs* (EMP), Noel de Jesús Beteta Álvarez zu dreissig Jahren Gefängnis verurteilt. Die *Stiftung Myrna Mack*, die als Klägerin auftritt, verlangte aber, dass gegen drei weitere hohe Militärs Untersuchungen eingeleitet wurden. Dieses Verfahren kam im Januar 1999 ins Stok-

ken, da die drei verlangten, vor ein Militärgericht gestellt zu werden. Nach langem Hin und Her wurde ihnen dies nun verweigert und die Eröffnung der Hauptverhandlung angekündigt.

Der Fall Myrna Mack ist ein Präzedenzfall, mit dem der Straffreiheit in Guatemala ein Ende gesetzt werden soll. Er ist national und international bekannt und wird von diversen nordamerikanischen Anwälten unterstützt. Interessanterweise gehört er nicht zu den Fällen, für die Präsident Portillo kürzlich vor der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) die Verantwortung der guatemalteckischen Regierung eingestanden hat.